



Grußwort

Über Straßenbaumittel, Chaos im Bildungswesen und Pflegeheime

Liebe Leserinnen und Leser,

der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann kommt gehörig unter Druck. Etliche Millionen an Straßenbaumitteln soll er nicht genutzt haben. Stattdessen wurden Zuschüsse vom Bund für den Straßenbau einfach zurückgegeben (siehe Seite 2). Seinen Feldzug gegen den Fortschritt und Investitionen führt er auch an der S21-Front weiter: Hermann hat ein positives Gutachten zu Stuttgart 21 monatelang zurückgehalten. Auf unseren Druck hat er das jetzt nachgeholt. Was bleibt ist der fahle Beigeschmack ministerieller Manipulation und eine Rechnung für das Gutachten in Höhe von 38.500 Euro.

Mit zwei Jahren Verspätung beginnt man jetzt – mitten im bildungspolitischen Chaos – mit der regionalen Schulentwicklung. Jetzt wird der Dialog mit Schulverwaltungen, Elternvertretungen, Schulleiterinnen und Schulleitern und Kommunalverwaltungen gesucht. Nach der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, der Einführung der Gemeinschaftsschule, der Wiederbelebung von G9 parallel zu G8 fehlt es an Planungssicherheit für Schulen – das Vertrauen muss wiederhergestellt werden.

Ihre Meinung ist mir wichtig.

Schreiben Sie mir, was Ihnen an diesem Newsletter gefällt und was nicht.

Sagen Sie mir Bescheid, wenn Sie zu einem Thema weitere Hintergründe wissen möchten. jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de

Gut gemeint ist nicht gut gemacht – beim neuen Heimrecht bewahrheitet sich das einmal mehr. Angesichts der steigenden Zahl von pflegebedürftigen Menschen ist das neue Heimrecht mutlos. Statt Öffnung hin zu neuen Wohnformen gibt es zu niedrige Gruppengrößen, zusätzliche Bürokratie und Planwirtschaft. Es ist enttäuschend, wie wenig Argumente aus dem Anhörungsverfahren berücksichtigt wurden ([mehr hier](#)).

Zum Schluss ein Termin-Tipp von mir: Der kommunalpolitische Kongress 2014 unserer FDP/DVP-Landtagsfraktion findet am 12. April 2014 statt (mehr auf www.fdp-dvp.de). In vier Arbeitskreisen ist hier mitmachen angesagt. Ich lade Sie herzlich dazu ein!

Bei der Lektüre meines Newsletters wünsche ich Ihnen viel Spaß.

Ihr

Millionen Straßenbaumittel verfallen

Der grüne Verkehrsminister verhindert Straßen wo er kann

Es fehlt an allen Ecken und Enden: Brücken müssen für den Schwerlastverkehr geschlossen werden, wichtige Straßensanierungsarbeiten liegen auf Eis. Im Straßenbau in Baden-Württemberg stehen notwendige Investitionen an – und bleiben aus. Der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann beteuerte stets, er würde ja mehr Straßen bauen, doch der Bund gebe nicht genug Geld.

Nun ist der Beweis erbracht. Hermanns Politik setzt auf Verschleierung und Täuschung. In Wahrheit hat das Verkehrsministerium die Bundeszuschüsse überhaupt nicht abgerufen. Die Rede ist von Beträgen in Höhe von 100 Millionen Euro, die das Verkehrsministerium in den Wind geschlagen hat. Während sich andere Bundesländer über zusätzliche Millionen vom Bund für den Fernstraßenbau freuen und damit ihre Infrastruktur verbessern, gibt Verkehrsminister Hermann Geld für die heimischen Straßen an den Bund zurück. Dieser Verkehrsminister verhindert entweder durch Unfähigkeit oder Vorsatz Straßen, wo er kann. Statt in unserm wirtschaftlich starken Land die so wichtige Infrastruktur auszubauen, verschenkt Hermann das hierfür vorhandene Geld.

Es drängen sich zwei Fragen auf:

Wie kann es sein, dass ein High-Tech-Land nicht in der Lage ist, Mittel abzurufen und zu verbauen? Und war es richtig, ein eigenes Referat für den Radverkehr aufzubauen, massiv in den Radverkehr zu investieren wenn zeitgleich Millionen von Euro für den Straßenbau verpuffen?

Begründet hat das Verkehrsministerium das Nichtabrufen der Gelder mit Personalmangel. Es wachsen Zweifel an dieser Erklärung, hat nicht eben diese Landesregierung über 300 neue Stellen in den Ministerien geschaffen? Hermann muss dringend sicherstellen, dass in Zukunft nicht nur die planmäßigen Mittel abgerufen werden können, sondern so wie früher auch etwaige Reste. Der Verkehrsminister muss nachsitzen! Er muss sich innerhalb der Regierung durchsetzen, dass er die erforderlichen Stellen für das Notwendige im Land erhält. Statt mit netten Events wie der Radmodenschau „Rad-Couture“ 88.000 Euro zu verpulvern, hätten mit dieser Summe sinnvollere Straßenplanungen finanziert werden können, um die Mittel des Bunds nicht zu verlieren.

Man hat den Eindruck, der Straßenbau werde ausgetrocknet, weil er nicht ins grüne Weltbild passt.

22.02.14 | Gast der Woche bei Radio Energy



Als „Gast der Woche“ war ich bei Radio Energy im Gespräch mit Daniel Schumann (Bild). Das Gespräch wurde am 22. Februar gesendet.

Termine: Hier bin ich für Sie unterwegs

- 02.04.14 Ausbildungszentrum Bau: Gespräch mit Auszubildenden in Remshalden
- 03.04.14 ÖPNV-Kongress: Podiumsdiskussion zur Finanzierung des ÖPNV in Sindelfingen
Anhörung zum Gesetzentwurf des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes
Sportkreistag Rems-Murr in Rudersberg
- 04.04.14 Podiumsdiskussion zur Landesbauordnung bei der Fachtagung des Landesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Baden-Württemberg in Stuttgart
Podiumsdiskussion Schulfördervereine Baden-Württemberg in Stuttgart
- 05.04.14 Landeshauptausschuss der FDP Baden-Württemberg in Trossingen
- 08.04.14 Impulsvortrag bei Besuch der Firma HAGESUD mit der Liberalen Initiative Mittelstand in Hemmingen (ab 17:30 Uhr). Mehr auf www.lm-bw.de
- 09.04.14 Europakandidatin Renata Alt in Oppenweiler. Mehr auf www.fdp-rem-s-murr.de
- 12.04.14 Kommunalpolitischer Kongress der FDP/DVP-Fraktion im Landtag. Mehr auf www.fdp-dvp.de
- 26.04.14 47. Heilpraktikerkongress in Baden-Baden
30-Jahre Junge Liberale Rems-Murr in Winnenden
- 06.05.14 Michael Link (Staatsminister im Auswärtigen Amt a.D.) in Schorndorf in der „Rems-talstuben“ (ab 19:30 Uhr). Mehr auf www.fdp-rem-s-murr.de



Stuttgart, Kunstgebäude am Schlossplatz

Kommunalpolitischer
Kongress 2014

**„Landespolitik
und kommunale
Selbstverwaltung“**

Samstag, 12. April 2014
10.00 bis 14.00 Uhr

Wassergesetz bremst kommunale Entwicklung

Minister Untersteller muss auf Praktiker vor Ort zugehen

Zum Jahreswechsel trat in Baden-Württemberg ein neues Wassergesetz in Kraft. Aus den Kommunen schwappte eine erste Welle der Kritik in Richtung Umweltminister Franz Untersteller: Vielerorts komme wegen falscher Planungsgrundlagen eine Innenentwicklung der Gemeinden zum Erliegen.

Das Wassergesetz regelt unter anderem, dass in Gebieten, in denen im statistischen Mittel im Jahrhundert ein extremes Hochwasser auftritt, nur in Ausnahmefällen gebaut werden darf. Welche Gebiete betroffen sind, regeln sogenannte Hochwassergefahrenkarten. Im Fall der Gemeinde Winterbach sind diese Hochwasserkarten nicht aktualisiert. Das Ergebnis: Grundstücke können nicht bebaut werden, weil die fehlerhaften Karten eine Hochwassergefahr unterstellt, wo überhaupt keine existiert.

Tatsächlich ist die an der Rems gelegene Gemeinde Winterbach vorbildlich beim Hochwasserschutz. Wir müssen einen Weg finden, der die Kommunen belohnt, die sich für den Hochwasserschutz eingesetzt haben und es immer noch tun. Hochwasserschutz ist wichtig, aber er darf nicht die Entwicklung von Kommunen an Flüssen abwürgen.

Das Thema gehört auf die Tagesordnung. Gemeinsam mit Claus Paal MdL (CDU) habe ich beim Umweltministerium mit einer kleinen Anfrage nach-

gehakt. Tatsächlich, so das Ministerium in der Antwort, gab es Fehler wie diese in Winterbach. Neue Hochwassurmaßnahmen flößen nun aber in die gültigen Gefahrenkarten ein – es wird nachjustiert.

Wenn Bürgermeister und Oberbürgermeister sagen, dass nach dem Gesetz schwerwiegende und nachteilige Folgen für die örtliche Infrastruktur und mittelständische Wirtschaft folgen, muss ein Minister darauf reagieren. Machen wir uns das Wissen der Praktiker vor Ort zunutze. Ich lade den Minister offiziell in das Remstal ein, um aus dem Remstal ein Modell zu machen, wie Hochwasserschutz und kommunale Entwicklung unter einen Hut gebracht werden können.

Unsere kleine Anfrage finden Sie unter [diesem Link](#) zum Download.

29.01.14 | Neujahrsempfang LV der Gehörlosen



Ein Grußwort beim Landesverband der Gehörlosen in Baden-Württemberg zu halten ist nichts alltägliches. Ein Gebärdensprachdolmetscher hilft, die Kommunikationsbarriere zu überwinden. Als große politische Herausforderung war die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein Thema. Aber auch die vielen großen und kleinen Barrieren im Alltag gilt es anzupacken. Auf dem Bild v.l.n.r. Landesvorsitzender Wolfgang Reiner, Thomas Poreski MdL (Grüne), Sabine Wölfle MdL (SPD), Jochen Haußmann MdL (FDP), Landesgeschäftsführer Daniel Büter. Link: [Video zum Neujahrsempfang](#)

Liberaler Jugendtag im Landtag

Feuer und Flamme für Katastrophenschutz und Rettungsdienste

„Sie und die Einsatzkräfte Ihrer Organisationen sind die stillen Helden unserer Gesellschaft, wenn es im Notfall auf schnelle Hilfe und Rettung von Menschenleben ankommt.“ Dies sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Ulrich Rülke auf dem Liberalen Jugendtag 2014, der unter dem Titel „Feuer und Flamme für Katastrophenschutz und Rettungsdienste“ die Arbeit und Aufgaben der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks und des Deutschen Roten Kreuzes in den Mittelpunkt stellte.

Die bürgerschaftliche Beteiligung ist für die Liberalen ein Herzblut-Thema. Ohne die ehrenamtlich wirkenden Mitarbeiter der Hilfsorganisationen wäre der Staat bei der Erfüllung der Pflichtaufgabe Hilfe im Notfall schlichtweg überfordert.

Der innen- und justizpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Ulrich Goll, sagte in der Diskussion mit den Vertretern der Hilfsorganisationen, dass im internationalen Vergleich der deutsche Katastrophenschutz mit an der Spitze stehe. Das ließe sich auch daran ablesen, dass viele andere Länder immer wieder dankbar die Hilfsangebote von THW, DRK oder anderen medizinischen Hilfsdiensten annehmen.

Der Vorsitzende der Jungen Liberalen Baden-Württemberg, Sebastian Gratz, sieht die Jungen Liberalen und die Hilfsorganisationen in einem Boot: Beide seien auf der Suche nach jungen Menschen, die dauerhaft Verantwortung für sich und andere übernehmen. Für die Risiken, denen ehrenamtliche Rettungskräfte ausgesetzt sind, müsse die Gesellschaft Dankbarkeit zeigen, statt mit immer neuen Vorschriften Hindernisse zu schaffen.

Thomas Egelhaaf, der Leiter der Landesfeuerweherschule Baden-Württemberg, Olaf Joerdel, Referent Einsatz im THW Baden-Württemberg, und Helmut Gentner, Kreisausbildungsleiter beim DRK Stuttgart, machten deutlich, dass die Mitarbeit in den Hilfsdiensten zur Stärkung der jugendlichen Persönlichkeit führe und auch Erfahrung in der Anleitung von Mitarbeitern bringen könne. In dem „Szenario einer Kooperation“ zwischen Feuerwehr, THW und DRK stellten sie am Beispiel eines schweren Hochwassers dar, wie aufwendig und schwierig es ist, den Gesamtablauf der Rettungseinsätze zu koordinieren: sei es beim Sperren von Straßen oder bei der Betreuung von am Bahnhof oder auf dem Flughafen gestrandeten Reisenden.



Lebenswirklichkeit wird Gesetzeswirklichkeit

Breite Basis für Novellierung des Bestattungsgesetzes

Alle vier Fraktionen im Landtag haben gemeinsam ein Gesetz verabschiedet, der das Bestattungsrecht der Lebenswirklichkeit näher bringen soll.

In Baden-Württemberg leben rund 600.000 Menschen muslimischen Glaubens sowie weiterer Religionen. Jede Religion hat eigene Bestattungsrituale. Ich freue mich sehr, dass in einer konstruktiven Anhörung mit der nötigen Sorgfalt und Sensibilität herausgearbeitet wurde, welche Religionen welche Gesetzesänderungen erfordern.

Bisher müssen zwischen dem Eintreten des Todesfalls und der Bestattung 48 Stunden vergangen sein. Muslimische Religionsangehörige und Mitglieder der israelischen Religionsgemeinschaft wollen ihre Verstorbenen schnellstmöglich beerdigen. Diesem Anliegen trägt das neue Bestattungsgesetz Rechnung.

Auch die Sargpflicht entfällt. Verstorbene können künftig auch in Tücher gewickelt begraben werden können, wenn religiöse Gründe dafür sprechen. Die Pietät durch die Pflicht zum Transport des Verstorbenen auf dem Friedhof in einem Sarg bis zum Grab bleibt weiterhin

gewahrt.

Ich freue mich, dass die Lebenswirklichkeit in Baden-Württemberg mit der Vielfalt der Kulturen nun auch Einzug in die Rechtswirklichkeit und das Bestattungswesen findet.

Wir wollen, dass die Menschen, die zu uns gekommen sind und hier gut integriert leben wollen, nach ihrem Tod auch hier nach ihren religiösen Ritualen beerdigt werden können. Unsere christliche Bestattungskultur erfährt dadurch keinerlei Einschränkungen.

15.02.14 | Junge Gemeinderatsliste der FDP-Berg



Der FDP-Ortsverband Berg tritt zum ersten Mal bei den kommenden Gemeinderatswahlen an. Eine Premiere in der Gemeinde Berg bei Ravensburg. Als Spitzenkandidat tritt der 27-jährige Ortsvorsitzende Benjamin Strasser an. Bei der Nominierungsveranstaltung im Februar war ich eingeladen, ein Referat zu liberaler Politik vor Ort zu halten. Ich wünsche der jungen Liste viel Erfolg bei den Wahlen am 25. Mai. Auf dem Bild v.l.n.r. Jochen Haußmann, Benjamin Strasser, David Pfeffer, Tanja Ruetz und Martin Esenwein.

Politischer Aschermittwoch

Politisch-musikalisch-humorvoll ging's in Urbach zu

Traditionell in Urbach im Löwen. Traditionell mit musikalischer Einlage am Akkordeon. Schon zum vierten Mal habe ich zum politischen Aschermittwoch eingeladen – mittlerweile kann man von einer Tradition sprechen.

In einem politisch-musikalischen Streifzug habe ich die Landes-

tembergischen Haushaltspolitik entwickelt. Freinach Margaret Thatcher sage ich: Minister Schmid – I want my money back.

„In der Schuldenbundesliga nimmt Grün-Rot eine Spitzenposition ein wie Bayern München beim Fußball!“ – Haußmann

Musikalisches Mitgefühl haben wir gegenüber den über 30.000 Jägern in Baden-Württemberg aus-

gedrückt. Wir sangen ein Loblied auf diejenigen,

die es mit der grün-roten Landesregierung derzeit alles andere als leicht haben.

Thema war überdies die sogenannte Politik des Gehörtwerdens. Einst als Motto der neugewählten Regierung ausgerufen, ist die Bürgerbeteiligung immer mehr zur Farce geworden. Das Regierungshandeln um den Nationalpark im Nord-



und Bundespolitik auf's Korn genommen.

Während Bayern 2013 eine Milliarde Euro an alten Schulden getilgt

hat, hat Ministerpräsident Kretschmann 1,8 Milliarden Euro an neuen Schulden aufgenommen. Finanz-

minister Nils Schmid macht Schulden wie ein Sautreiber und hat sich inzwischen zum Gelben Engel der baden-würt-

schwarzwald, bei dem die Mehrheit der betroffenen Gemeinden gegen einen Nationalpark ist,

„Die GroKo führt die Rente mit 63 ein, aber Herr Seehofer ist immer noch da. Selbst da wird die Koalition ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht.“ – Gratz

gibt sich Landesminister Alexander Bonde eher als Erbkönig denn als Bürgerverstehender zu erkennen: „Und bist du nicht willig, so brauch' ich

Gewalt.“ Ministerpräsident Kretschmann sollte das Wort Bürgerbeteiligung nie mehr in den Mund nehmen.

Stagnation dagegen in der Verkehrspolitik. Verkehrsminister Hermann ruft etliche Millionen für den Straßenbau nicht ab. Ich seh' das so: Für den Verkehrsminister ist es ein schöner Tag, wenn er einen Spatenstich verhindern kann.

Als Gastredner ging Sebastian Gratz, Landesvorsitzender der Jungen Liberalen, mit der Politik der Großen Koalition in Berlin hart ins Gericht. Die Untätigkeit der Bundesregierung in der NSA-Spähaffäre und der mangelnde Schutz der Bürgerrechte mache ihn fassungslos. "Unser Rentensystem wird auf Kosten der jungen Generation geplündert", kritisierte Gratz die Rentenreform. In Berlin fehle es an einer starken Opposition, was die



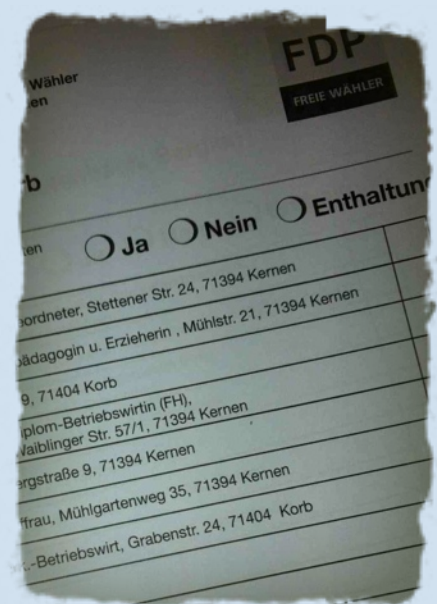
Affäre Edathy zeige. Die moralische Überhöhung der Grünen ersetze mitnichten eine starke parlamentarische Opposition.

Kommunalwahl: Kandidatennominierung im Rems-Murr-Kreis

FDP-Freie Wähler heißt unser Erfolgsrezept bei der Kreistagswahl. Seit über 60 Jahren bewährt sich das Bündnis zwischen Freien Wählern und FDP-Mitgliedern. Am 10. Februar haben wir in Grunbach unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kreistagswahl nominiert. 99 Wahlberechtigte stellten für 12 Wahlkreise insgesamt 107 Kandidaten auf.

In der Kommunalpolitik zählen Persönlichkeiten. Wir haben unabhängige Köpfe, mit und ohne Parteibuch, auf unserer Liste. Uns zeichnet ein guter Mix aus Erfahrung und Jugendlichkeit, ehrenamtlich bekannter, vor Ort verwurzelter und beruflich bewährter Bürgerinnen und Bürger aus.

Seit 2004 bin ich stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP-FW im Kreistag. Mein Ziel für die Wahl am 25. Mai 2014 ist es, die starken Ergebnisse der letzten Wahl zu halten. Übersicht der Nominierten auf www.fdp-remm-murr.de.



Europawahl 2014

Am 25. Mai werden auch in Europa die Weichen neu gestellt

Das Europäische Parlament ist als einzige direkt gewählte EU-Institution die Stimme der Bürger in Europa. Vom 22. bis zum 25. Mai 2014 wählen alle Bürgerinnen und Bürger der 28 EU-Staaten die 750 Parlamentarier starke Volksvertretung.

Zur Vorbereitung war ich am 19. Januar 2014 in Bonn als die FDP ihre Wahlliste zur Europawahl aufgestellt hat. Bemerkenswert ist, dass unter den ersten zehn Listenplätzen – ganz ohne

Quote – gleich sechs Frauen sind. Unter anderem Renata Alt für den Landkreis Esslingen (siehe Interview unten).

Auf dem Europaparteitag am 19. Januar 2014 in Bonn hat sich die FDP ihr Programm zur Europawahl gegeben und ihre Europaliste gewählt: Alexander Graf Lambsdorff auf Platz eins als Spitzenkandidat, dahinter unser FDP-Landesvorsitzender Michael Theurer MdEP.

Drei Fragen an... Renata Alt

Vervollständigen Sie den Satz: Europa ist für mich...

...ein beispielhaftes Friedens- und Wohlstandsprojekt und ein fassettenreicher Kontinent mit unterschiedlichen Kulturen und Sprachen, die es zu bewahren gibt.

Welche Schwerpunkte setzen Sie bei Ihrer Arbeit für Europa?

Die Stärkung des Europäischen Parlaments ist für mich wichtig. Das Europäische Parlament sollte sich langfristig zu einem echten Vollparlament mit einem Initiativrecht weiterentwickeln. Weiterhin sollten wir die Europäischen Institutionen effizienter machen. Daher plädiere ich für eine Verkleinerung der Europäischen Kommission um mindestens ein Drittel, wie es im Vertrag von Lissabon schon angelegt ist. Jedes Mitgliedsland der Eurozone muss zukünftig die Schuldentragfähigkeit selbst sicherstellen und finanzpolitisch eigenverantwortlich handeln. Die Unternehmen sollten wir von unnötigen Regulierungen bewahren und erfolgreiche nationale Errungenschaften wie etwa den Meistertitel oder die Qualitätsbezeichnung „Made in Germany“ erhalten.



Renata Alt ist Europakandidatin im Landkreis Esslingen. Die diplomierte Chemie-Ingenieurin arbeitete unter anderem als Wirtschaftsattachée für die Slowakische Republik. Seit 1994 ist sie selbständige Unternehmensberaterin.

Wie überzeugen Sie einen jungen griechischen Arbeitslosen von der EU?

Als Erstes habe ich Verständnis für seine Lebenssituation. Seine Arbeitslosigkeit ist jedoch nicht auf die EU zurückzuführen. Es war Folge der jahrelangen nationalen Politik Griechenlands und es ist wünschenswert, dass sich die Wirtschaftslage in Griechenland durch weitere Reformschritte schnell stabilisiert. Im Rahmen der EU bieten sich durch die Freizügigkeit auch Möglichkeiten in einem anderen Staat Arbeit zu finden. Erst wer sich bewusst macht, wie die heutige EU nach dem 2. Weltkrieg aus Montanunion und Euratom entstanden ist, kann einschätzen, welche Probleme und Herausforderungen bereits bewältigt wurden, ehe diese Union des Binnenmarktes und des Euro entstehen konnte, die jetzt wieder auf dem Prüfstand steht – bei der Europawahl am 25. Mai 2014.

Terminhinweis: Renata Alt kommt am 9. April nach Oppenweiler. Ab 19 Uhr ist die Europakandidatin im Gasthaus „Einhorn“ zum Thema „Unser Europa heute und in der Zukunft“ zu Gast.

Novellierung des Landesjagdgesetzes

Minister Bonde muss zuhören und Aufgaben der Jäger verstehen

Denken sie an das neue Landesjagdgesetz, sind die Jäger in Baden-Württemberg in Sorge. Mit ihrer Arbeit, die häufig im Stillen und unbemerkt vor sich geht, sehen sich die Jagdverbände von der grün-roten Landesregierung nicht oder falsch verstanden. Kein Wunder, denn diese Regierung hört den Jägern auch nicht zu.

Seit Dezember verspricht der zuständige Minister Alexander Bonde einen Referentenentwurf zum neuen Landesjagdgesetz. Üblicherweise können sich Verbände und Betroffene dann zu diesem Entwurf äußern und einbringen. Geliefert hat der Minister lange nicht. Termine wurden angekündigt, wieder abgesagt. Aus der Presse erfahren Jäger und Betroffene schließlich vom Entwurf. Keine Gelegenheit, sich zuvor ein erstes Bild des Entwurfes zu machen. Es ist untragbar, dieses Gesetz möglichst ohne große Aufmerksamkeit durchdrücken zu wollen. Denn: Für den ländlichen Raum sind die Auswirkungen erheblich.

Jagdruhe für Schwarzwild von Februar bis April: Für Wildschweine soll nach dem neuen Gesetz in diesen Monaten ein Jagdverbot gelten. Was harmlos klingt, könnte die Schäden für Landwirte unzumutbar verschärfen. Wildschweine haben keine natürlichen

Feinde und fressen sich auf den Feldern satt. Wer soll für diese Schäden aufkommen?

Weiter geplant: Ein Verbot der Wildfütterung. Ziel der Fütterung ist es nicht, eine Überpopulation zu erzeugen. Vielmehr ist die Fütterung ein Instrument der Wildlenkung und -schadensvermeidung. Nahrungsengpässe können kompensiert und Störungen durch Freizeitnutzung ausgeglichen werden.

Verantwortungsvolle Hege und Artenschutz braucht Handlungsfreiheit. Statt die Jäger zu bevormunden, sollte Minister Bonde mit ihnen reden. Schon jetzt finden sich immer weniger Jäger, die Reviere pachten möchten. Wird die Jagd unattraktiver, kommen erhebliche Kosten und Probleme auf die Kommunen zu.

27.01.14 | Neujahrsempfang FDP Rems-Murr



Optimistisch haben die Liberalen an Rems und Murr das Jahr begonnen. „Die FDP ist wieder da“ war der Tenor der Veranstaltung im Backnanger Bürgerhaus. Auf dem Bild v.l.n.r.: Ulrich Theurer, Ulrich Lenk, Jochen Haußmann MdL, Gudrun Wilhelm, Präsident Landesärztekammer Baden-Württemberg Dr. Ulrich Clever, Prof. Dr. Ulrich Goll MdL, Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt: Jochen Haußmann MdL
 Haus der Abgeordneten | Konrad-Adenauer-Straße 12 | 70173 Stuttgart
 Wahlkreisbüro Schorndorf | Johann-Philipp-Palm-Straße 9 | 73614 Schorndorf
 Wahlkreisbüro Waiblingen | Schwabstraße 31 | 71332 Waiblingen
www.jochen-haussmann.de | jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de